

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 12

Artikel: Motto mit Fragezeichen : der alte Frieden taugt nichts mehr, drum gib mir einen neuen her
Autor: Tickle, Ian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093903>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der alte Frieden taugt nichts mehr,
drum gib mir einen neuen her.

Ian Tickle
zu einer neuen
Nahost-Initiative

Motto mit Fragezeichen

Der Nahostkonflikt hat wieder Wellen geschlagen, und europäische Politiker möchten Öl darauf giessen, am liebsten arabisches. Die Amerikaner suchen ihn dagegen weiter zu kanalisieren, auf dem Verbindungskanal, den Israel und Ägypten schon vorgebuddelt haben. Wenn sich die Friedensmacher im Westen streiten, wird das dem Panzerfriedensmacher im Osten passen.

Die Zeit für eine neue Nahost-Initiative scheint gekommen. Die israelisch-ägyptische Normalisierung harzt, und die Hoffnung auf ein Mitmachen anderer arabischer Staaten hat sich zer schlagen. Also sucht man, nicht zuletzt unter europäischen Politikern, nach einem neuen Anlauf. Unter anderem durch den Ruf nach Anerkennung der PLO, die ihrerseits das Existenzrecht des «zionistischen Staates» nicht anerkennt und mit sowjetischen Waffen ihren Kleinkrieg gegen Land und Leute führt.

Erneuerte kontra neuartige Friedensbemühungen

Wenn aber eine neue Nahost-Initiative benötigt wird, stellt sich die Frage, wie neuartig sie sein muss. Sicher darf sie nicht ausgerechnet in einer Negation dessen bestehen, was bisher für einen Frieden im Nahen Osten getan worden ist. Der plausible Rahmen bleibt das ägyptisch-israelische Abkommen von Camp David 1978; der seitherige Dialog ist immerhin nie abgebrochen worden.

Nun gibt es den wohltonenden Einwand, dass das Nahostproblem schliesslich keine exklusive Sache von Israel und Ägypten sei. Er ist ebenso richtig wie unbehelflich. Denn zu dieser Exklusivität ist es ja aus einem sehr einfachen Grunde gekommen: Ägypten ist der einzige arabische Staat, der sich bisher bereit erklärt hat, mit Israel zu verhandeln. Jegliche Initiative ausserhalb des bestehenden Dialoges müsste zur Voraussetzung haben, dass sich andere arabische Führer zum Gespräch mit den Israelis herablassen; anders geht es nicht.

In diesem Lichte muss man die Ankündigung Carters sehen, die USA würden in der Palästinenfrage jegliche europäische Initiative blockieren, die mit dem Friedensweg von Camp Da-

vid unvereinbar sei. Insbesondere stellte er ein amerikanisches Veto im UNO-Sicherheitsrat in Aussicht, falls man versuche, dessen Resolution Nr. 242 rückgängig zu machen.

Die «Resolution Nr. 242»: Heisses oder altes Eisen?

Jene Resolution vom November 1967, von Washington als Grundlage für alle Friedensbemühungen betrachtet, hält materiell zwei Forderungen für den Frieden im Nahen Osten fest:

- den Rückzug der israelischen Truppen aus besetzten Gebieten;
- die Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit aller Staaten im fraglichen Gebiet.

Als notwendig erachtet sie ferner:

- die Gewährleistung des freien Schiffsverkehrs auf den internationalen Wasserstrassen (Suezkanal und Rotes Meer);
- die Lösung des (palästinensischen) Flüchtlingsproblems;
- die Gewährleistung der territorialen Unverletzlichkeit mittels geeigneter Massnahmen, wie die Schaffung entmilitarisierter Zonen.

Das ist die Grundlage, auf der die Amerikaner beharren.

Europalästinensische Vorstellungen

Bei den Europäern hingegen besteht die Neugiertheit, die Bildung eines palästinensischen Staates auf dem zurzeit israelisch besetzten Gebiet des Westjordanlands (West Bank) in den UNO-Text einzubauen und dabei gleich noch

die PLO in ihrer selbstverkündigten Rolle als Vertreter des palästinensischen Volkes anzuerkennen.

Ohne das gleich in offiziellen Ankündigungen zu sagen, hatten sich die EG-Regierungen angeschickt, bei ihrer jüngsten Konferenz im sommerlichen Venedig eine «palästinenserfreundliche» Entschliessung auszuarbeiten. Einerseits weil sie eine neue Friedensregelung wünschten, und andererseits weil Europa kein Erdöl von Israel bezieht, wohl aber von dessen Feinden.

Inzwischen hat die amerikanische Haltung bewirkt, dass es die europäischen Politiker nicht mehr so eilig haben, mit einer Initiative vorzupressen, die auch noch die atlantische Gemeinschaft zusätzlich belasten müsste; die Auswahl an sonstigen Friktionen ist gross genug. Nach der EG-Konferenz kommt es ebenfalls in Venedig zu einem Treffen der führenden Industriationen Europas mit Japan und den USA, eine Gelegenheit, die Konsultationen über die Nahostproblematik nicht nur kontinental zu führen.

Der behinderte Carter ...

Freilich ist der potentielle Gegensatz zwischen den europäischen und amerikanischen Verbündeten momentan eher aufs Eis gelegt als aufgehoben. Wenigstens solange, als die amerikanische Seite ihren Beitrag zu einer besseren Friedensregelung darauf beschränkt oder beschränken muss, ungeeignete Initiativen abzulehnen. Die Frage, was denn die Amerikaner vorzuschlagen hätten, um «ihr» Camp David wieder zu beleben, liegt in der Luft.

Und sie droht insofern in der Schwebe zu bleiben, als Carter im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen schon mit Innenpolitik überbeschäftigt ist. Andererseits aber besteht eine neue Hoffnung auf verbesserte aussenpolitische Handlungsfähig-

keit, weil sich der neue Staatssekretär (Aussenminister) Edmund Muskie zu profilieren beginnt. Bereits hat er wenigstens das bilaterale Gespräch zwischen Israel und Aegypten wieder aufgefrischt (auf seine Einladung werden sich die Delegationen der beiden Länder erneut in Camp David treffen), und der Palästinenserfrage steht er offen gegenüber, ohne sie mit der PLO-Frage zu verwechseln.

Am bequemsten wäre es, man könnte die Welt politik verschieben, bis die amerikanischen Präsidentschaftswahlen wieder einmal vorbei sind. Leider geht das nicht.

... und der verrufene Begin

Bei alledem kann kein Aussenstehender den Verhandlungswillen der direkt Betroffenen ersetzen. Und in diesem Zusammenhang besteht auch noch ein Rätselraten darüber, mit welchem Verhandlungsgewicht Israel auftreten kann, schon seiner jetzigen innenpolitischen Lage wegen.

Obwohl es bis zu den nächsten Parlamentswahlen noch gut ein Jahr geht, herrscht in Israel eine ausgesprochene Vorwahlstimmung seit dem Rücktritt von Ezer Weizman als Verteidigungsminister (Moshe Dayans Rücktritt als Aussenminister letztes Jahr hatte der Regierung schon viel von ihrer Autorität genommen), dessen Posten Ministerpräsident Begin selber übernehmen musste, weil die Koalitionspartner mit dem vorgeschlagenen Nachfolger nicht einverstanden waren.

Die heftigen Unruhen der letzten Wochen im Westjordanland zeigen an, dass Israel drängende Probleme mit den Palästinensern hat und einer gefestigten Regierung dringend bedarf, schon gar, wenn sie über palästinensische Autonomieprobleme verhandeln soll. Indessen ist Israel eine Demokratie, und es lässt sich sein Recht auf demokratische Ausmarchung seiner Politik nicht nehmen. Ausländisches Kopfschütteln über diesen «Luxus» ist weder ein Zeichen von Demokratieverständnis noch eine praktische Hilfe für das kleine Land, das wenigstens demokratische Solidarität verdient, wenn es schon weder mit sowjetischen Waffen trotzten, noch mit eigenem Erdöl trumpfen kann.

Inzwischen ist die israelische Regierung so zu nehmen wie sie ist, und nicht wie sie unserer europäischen Meinung nach sein sollte. Begin hat einen schlechten Ruf als «Falke», aber in entscheidenden Momenten zeigte er sich schon mehrmals besser als sein Ruf. Er war es, der den israelisch-ägyptischen Dialog eröffnet hat. Und er ist es, der jetzt den Stopp der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland verfügt hat. Und manche Europäer haben bloss «na hoffentlich!» gebrummt, obwohl sie bisher felsenfest überzeugt gewesen waren, so etwas lasse sich von einem Begin nicht erhoffen.



Zu ungefähr allen hängigen Tagesfragen spricht Israel mit verschiedenen Stimmen. Aber eines verbindet alle Israelis mit ihren unterschiedlichen Auffassungen: der Wunsch nach einem wirklichen Frieden.

Und das ist schon mehr an Verhandlungsqualifikation, als andere Beteiligte im Nahostkonflikt aufzuweisen haben. ■

Schwenken die Saudis?

Sind die Saudis heute bereit, sich der israelisch-ägyptischen Normalisierung anzuschliessen und die Ablehnungsfront der übrigen arabischen Staaten zu durchbrechen? Es gibt (endlich) saudi-arabische Aeusserungen, die darauf schliessen lassen.

Ein Interview von Kronprinz Fahd mit der «Washington Post» hat Aufsehen erregt. Fahd nannte sein Land bereit, eine «wichtige Rolle» zur Herstellung des Friedens zwischen Israel und seinen Nachbarn zu spielen. Auch will Saudi-Arabien nach seiner Darstellung nunmehr die Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrates als Grundlage für ein israelisch-arabisches Ueber-einkommen anerkennen. Das ist jene Resolution von 1967, die auch von Israel akzeptiert wird, weil sie sein Existenzrecht bekräftigt.

Die Avance in Interview-Form hat noch kein offizielles Gewicht, aber Kronprinz Fahd ist immerhin der zweitwichtigste Mann seines Landes, auch unbeschadet seiner Funktion als Erster Stellvertretender Ministerpräsident in jener Regierung, der sein königlicher Bruder Chaled (Khaled) vorsteht. In Israel hat Begin jedenfalls die Aeusserungen Fahds als Signal begriffen und ihn eingeladen, in Jerusalem vor der Knesset (dem Parlament) zu sprechen. So weit, dass die Einladung angenommen worden wäre, ist es freilich noch nicht. Hatte man das Signal über-bewertet?



Gewiss, eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Doch in diesem Falle ist zu beachten, dass eine saudi-arabische Oeffnung nicht von unge-fähr käme.

Das Land hat weder Interesse an Feindschaft mit Aegypten noch Interesse an einem Sieg der PLO-Vorstellungen, die der Saudi-Monarchie noch rascher gefährlich werden könnten als dem «zionistischen Feind» Israel.

Was die Bestrafung des ägyptischen «Verrats» durch die andern arabischen Staaten angeht, wurde sie von den Saudis nie richtig mitge-macht, auch wenn man dergleichen tat. Vor einem Jahr noch hatte es anders ausgesehen; damals beschloss die Konferenz von Bagdad als Reaktion auf Camp David gemeinsame Sanktionen gegen Aegypten, das nicht nur politisch iso-liert, sondern auch wirtschaftlich getroffen werden sollte. Dieses Jahr hätte die Konferenz von Tripolis nachdoppeln sollen, diesmal zur Strafe für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Aegypten und Israel. Aber nun standen Libyen und Syrien wenigstens mit ihren ex-tremen Vorschlägen ziemlich allein da.

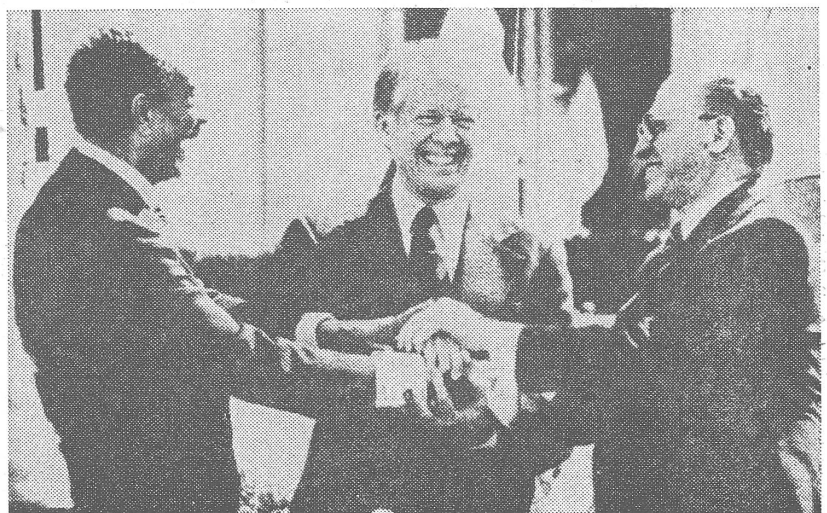
Saudi-Arabien hatte sich schon bald nach dem Boykottbeschluss von Bagdad als stiller Streik-brecher verhalten. Tatsächlich ist sein Handel mit Aegypten seither sogar noch gestiegen. Der Abbruch des Flugverkehrs wurde zwar angekündigt, aber nicht verfügt, und ägyptische Arbeiter halten sich nach wie vor in Saudi-Arabien (wie auch in den Golfstaaten) auf und pflegen ungehindert ihre Kontakte zur Heimat. Der Tourismus ging ein paar Monate lang zurück, hat aber anscheinend sein früheres Niveau wieder er-reicht.

Es ist offensichtlich, dass die Saudis Wert auf ihre Freundschaft mit Aegypten legen, die von Nassers Tod an bis zur ägyptisch-israelischen Normalisierung langsam zementiert worden war. Und die Saudis sind in ihren Regierungserklä-rungen schon vor dem bewussten Interview Fahds von ihrer Kritik an Camp David abge-kommen, die vor Jahresfrist noch eine obligato-rische Uebung gewesen war.



Camp David wird von den arabischen Führern vor allem als Verrat am palästinensischen Volk

(Fortsetzung auf Seite 5)



Sadat, Carter, Begin nach Abschluss des Friedensvertrages zwischen Israel und Aegypten. Wollen sich die Saudis anschliessen?